

Genehmigt
20. Okt. 1970
Waldshut, den
Landratsamt

3 .Fertigung Teil II

B e b a u u n g s v o r s c h r i f t e n

zum Bebauungsplan für die Gewanne "Beim steinernen Kreuz - Schopen - See" der Gemeinde J e s t e t t e n, Landkreis Waldshut.

A. Rechtsgrundlagen:

1. §§ 1 und 2, 8 und 9 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl.S.341) (BBauG).
2. §§ 1 - 23 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) vom 26. Nov. 1968 (BGBl.I S.1237) (BauNVO).
3. §§ 1 bis 3 der VO über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung) vom 19.Jan. 1965 (BGBl.I S.21).
4. § 1 der 2. Verordnung der Landesregierung zur Durchführung des BBauG vom 27. Juni 1961 (Ges.Bl.S.208).
5. §§ 3 Abs.1, 7, 9, 16 und 111 Abs.1, 2 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg v.6.4.64 (Ges.Bl.S.151) (LBO).

B. Festsetzungen:

I. Art der baulichen Nutzung

§ 1

Baugebiete

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird in Baugebiete gegliedert. Die Festsetzung von Art und Begrenzung der einzelnen Gebiete erfolgt durch Planeintrag.

General
20 Oct 1950

London

Dear Sir,
I have the pleasure to acknowledge the receipt of your letter of the 14th inst. in relation to the above matter.

I am sorry that I cannot give you a more definite answer at this time, but the matter is still under consideration.

I will be glad to discuss this matter with you at a later date, if you wish.

I am, Sir, very truly yours,
[Signature]

Enclosed for you are two copies of the report referred to in your letter.

I am, Sir, very truly yours,
[Signature]

§ 2

Ausnahmen

Die in den §§ 4 und 8 BauNVO für die einzelnen Baugebiete vorgesehenen Ausnahmen sind Bestandteil des Bebauungsplanes.

§ 3

Neben-und Versorgungsanlagen

- 1) Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs.1 BauNVO sind unter den dort genannten Voraussetzungen zulässig.
- 2) Versorgungsanlagen im Sinne des § 14 Abs.2 BauNVO können als Ausnahmen zugelassen werden.

§ 4

Gemeinbedarf

Flächen für den Gemeinbedarf sowie sonstige von der Bebauung freizuhaltende Grundstücke sind nach § 9 Abs.1 Ziff.2 und 8 BBauG. besonders ausgewiesen. Die Festsetzung von Nutzungsart und Begrenzung erfolgt durch Planeintrag.

§ 5

Allgemeines

- 1) Das Maß der baulichen Nutzung wird für die einzelnen Baugebiete unterschiedlich bestimmt durch Festsetzung der Grundflächenzahl und der Zahl der Vollgeschosse, sowie bei den Gewerbegebieten durch Festlegung der maximalen Gebäudehöhen.
- 2) Die Festsetzung der Geschoßflächenzahl nach § 17 BauNVO als Höchstwert bleibt unberührt.

§ 6

Zulässiges Maß der baulichen Nutzung

- 1) Die Festsetzung der Grundflächenzahl und der Zahl der Vollgeschosse erfolgt durch Planeintrag.
- 2) Die Zahl der Vollgeschosse ist jeweils zwingend oder als Höchstwert im einzelnen planlich festgesetzt. Sie errechnet sich nach § 2 Abs.4 LBO. Die Sockelhöhe wird jeweils von

1. The first part of the report deals with the general situation of the country and the progress of the work during the year.

2. The second part of the report deals with the results of the work done during the year, and the progress of the various projects.

3. The third part of the report deals with the financial statement of the year, and the results of the various projects.

4. The fourth part of the report deals with the results of the work done during the year, and the progress of the various projects.

5. The fifth part of the report deals with the results of the work done during the year, and the progress of the various projects.

6. The sixth part of the report deals with the results of the work done during the year, and the progress of the various projects.

Ortsbauamt nach der fertigen Straßenoberkante und den Kanalschlüssen festgelegt. Sie soll jedoch möglichst niedrig gehalten werden.

3) Die maximale Gebäudehöhe im Gewerbegebiet (Firsthöhe) wird mit 10,0 m über Oberkante fertiger Straße festgelegt.

III. Bauweise und überbaubare Grundstücksflächen

§ 7

Bauweise

- 1) Für das gesamte Planungsgebiet wird die offene Bauweise festgesetzt.
- 2) Ausnahme hiervon bildet das nach § 8 BauNVO ausgewiesene Gewerbegebiet. Hier gelten innerhalb der festgesetzten Baugrenzen die Vorschriften der LBO, soweit vom Gewerbeaufsichtsamt im Einzelfall nicht weitergehende Auflagen erteilt werden.
- 3) Für die Gruppierung der Baukörper, die Stellung und die Firstrichtung der Gebäude sind die Planeintragungen maßgebend.
- 4) Doppelhäuser und Gebäudegruppen müssen gleichzeitig geplant und einheitlich gestaltet werden. Die Bauausführung soll gleichzeitig vorgenommen werden.

§ 8

Überbaubare Grundstücksflächen

- 1) Die Festsetzung von Baulinien und Baugrenzen erfolgt durch maßlichen Eintrag der Grenzabstände. Damit sind die überbaubaren Grundstücksflächen festgelegt.
- 2) Auf den als nicht überbaubar ausgewiesenen Grundstücksflächen sind Neben- und Versorgungsanlagen im Sinne des § 14 BauNVO zulässig.
- 3) Die Flächen für Garagen und Stellplätze sind im Wohngebiet gesondert ausgewiesen.

Erst → "Zwangend"

12/1/54

absdet S. AZ 20060303

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
DIVISION OF THE PHYSICAL SCIENCES

REPORT OF THE
COMMISSION ON THE STATUS OF THE PHYSICAL SCIENCES

IN THE
UNIVERSITY OF CHICAGO

1961-1962
BY
THE COMMISSION ON THE STATUS OF THE PHYSICAL SCIENCES

CHICAGO, ILLINOIS
1962
PUBLISHED BY THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS
1962
PUBLISHED BY THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS
1962
PUBLISHED BY THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS
1962
PUBLISHED BY THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS
1962
PUBLISHED BY THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

CHICAGO, ILLINOIS
1962
PUBLISHED BY THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

IV. Baugestaltung

§ 9

Gestaltung der Bauten

- 1) Die Gebäudelängsseite bei Einzelbauten soll mindestens 10,0 m betragen. hA
- 2) Die Dachneigungen in den Wohngebieten sind durch Planeintrag festgesetzt. Sie können in Ausnahmefällen bis zu 20 % unterschritten, jedoch nicht überschritten werden. Die Farbe der Dachdeckung muß in jedem Falle dunkel und nicht glänzend gewählt werden.
- 3) Kniestöcke sind nur bei 2-geschossigen Einzelgebäuden mit Dachneigung bis zu einer Höhe von 0,30 m gestattet, wenn ein Dachüberstand an der Traufe von mindestens 0,50 m horizontal gemessen angelegt wird.
- 4) Dachaufbauten oder Dachgaupen sind nicht gestattet.
- 5) Für das nach § 8 BauNVO ausgewiesene Gewerbegebiet werden keine Dachneigungen festgesetzt, sie sollen jedoch, mit Ausnahme von Sheddächern, möglichst nicht über 15° betragen. Die Dachformen sind möglichst ruhig zu halten.

§ 10

Garagen und Einstellplätze

- 1) Sämtliche Garagen bzw. Einstellplätze sind in ihrer nach der Nutzungsart der Hauptgebäude bedingten Anzahl und Größe nach den Festimmungen des § 69 LBO mit dem Hauptgebäude zu planen und in dessen Baugesuchungsverfahren mit einzureichen.
- 2) Die Garagen sollen in einem angemessenen Größenverhältnis zum Hauptgebäude stehen und sind mit diesem in einen guten gestalterischen Zusammenhang zu bringen.
- 3) Garagen dürfen zeitlich nicht vor Errichtung des Hauptgebäudes erstellt werden.
- 4) Die Dächer sämtlicher freistehender Garagen sind als Flachdächer auszubilden; die Höhe über dem eingeebneten Gelände darf bei PKW-Garagen nicht über 2,80 m betragen.

1. The first part of the report deals with the general situation of the country and the progress of the work during the year.

2. The second part of the report deals with the results of the work during the year.

3. The third part of the report deals with the financial statement of the year.

4. The fourth part of the report deals with the conclusions of the year.

5. The fifth part of the report deals with the recommendations for the future.

6. The sixth part of the report deals with the summary of the year.

7. The seventh part of the report deals with the appendix.

8. The eighth part of the report deals with the index.

9. The ninth part of the report deals with the bibliography.

10. The tenth part of the report deals with the conclusion.

11. The eleventh part of the report deals with the appendix.

12. The twelfth part of the report deals with the index.

§ 13

Besondere Bedingungen

- 1) An der Einmündung des Randenweges bei Punkt A in die Bundesstraße Nr. 27 sind durch Eintrag im Straßen-und Baulinienplan Flächen mit besonderen Sichtbedingungen festgelegt, innerhalb derer jegliche Einfriedigung, Bewuchs, Bepflanzung oder Bebauung sowie Ablagerung mit einer Höhe von mehr als 0,80 m über Straßenoberkante untersagt ist.
- 2) Ebenso ist im Straßen-und Baulinienplan eine Zufahrtssperre beiseitig zur Bundesstraße Nr. 27 festgelegt.
- 3) Die Baugrundstücke sind gegen die Bundesstraße durch eine Einfriedigung ohne Tür und Tor abzugrenzen.

Jestetten - Rheinfelden, den 9.7. 1970

Bürgermeisteramt

Der Bürgermeister:

Der Planer:



PETER BEHRLE
DIPL.ING FREIER ARCHITEKT
RHEINFELDEN/BADEN
FRIEDR. EBERTSTR. 3 T. 8281

Ö f f e n t l i c h a u s g e l e g e n

nach § 2 Absatz 6 BBauG v.23.6.1960 in
der Zeit vom 2.1.70 bis 3.2.70

Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte
am 15.12.1969

Der Bürgermeister:

A l s S a t z u n g b e s c h l o s s e n

nach § 10 BBauG v.23.6.1960 in Verbindung
mit § 4 GO

am 9.7. 1970

Der Bürgermeister:

G e n e h m i g t

nach § 11 BBauG vom 23.6. 1960
am

R e c h t s k r ä f t i g

nach § 12 BBauG v.23.6.1960 durch die
Bekanntmachung der Genehmigung
am

Öffentlich ausgelegt vom bis
Jestetten, den

Der Bürgermeister: